

## Agenda

# Wenn Gamer Spielverderber sind

Von Regula Stämpfli



Als «Luder» bezeichneten die alten Römer körperliches Spiel und meinten damit nicht zuletzt auch eine Art Schule. Der Klang von «Luder» muss den alt-deutschen Jägern gefallen haben. Denn so nannten sie ihre Lockspeise für die Falken. Leider verkam die Lockspeise bald zum Köder, dann zum As und zum Schluss landete das «Luder» als Schimpfwort. Luder gab es in meiner Kindheit häufig. Meist waren es Frauen, die es wagten, über den Tellerrand ihres einengenden Ehelebens zu schauen. Das Gegenstück zu den spielenden Frauen ist heutzutage der Gamer oder der Nerd. Letztere bedrohen in diesen Tagen alle Frauen, die es wagen, das Frauenbild der Typen als sexistisch, hinterwäldnerisch, doof und schlicht als falsch (siehe den Wikipedia-Eintrag zu meiner Person) zu bezeichnen. Gedroht wird mit Verleumdung oder nun gar mit Mord. Wen das erstaunt, hat noch nie ein Wörterbuch gelesen. Der «Gamer» zieht seinen Wortursprung aus dem Hahnenkampf, englisch «game-cock». Nicht zufällig ist der «cock» umgangssprachlich der Körperteil, den Geri Müller schon per Chat verschiebt hat. Frei übersetzt ist also der Gamer ein Schwanzträger, womit ich die virulenten (vir gleich mann, virus gleich Krankheitserreger) aggressiven Spieler und Wiki-Nerds wohl noch mehr erzühen werde und dies dann in Blogs, Google-Hits und Wiki-Einträgen zu mir lesen darf. Ein «Nerd» ist übrigens ein Computerfreak, der sich in Algorithmen besser auskennt als in menschlichen Umgangsformen. Er fand via amerikanischen Studentenslang und Kinderliteratur von Dr. Seuss Eingang in die Umgangssprache und bedeutete von Anfang an «stupid, irre, kleinkrämerisch».

Genauso sind die Morddrohungen an die junge, intelligente und weibliche Spielerin, Anita Sarkeesian. Sie ist Expertein für Computerspiele – ein für Frauen offensichtlich gefährlicher Beruf. Sarkeesian veröffentlicht auf Youtube köstliche Vorträge zum behämmerten Frauenbild der – auch bei meinen Jungs – beliebten Spiele. Die «Weibchen» sind Dekoration, Sexpuppen und fallen beim Sterben so lange zu Boden, dass man ihnen unter den Rock gucken kann. Dies wäre alles vernachlässigbar, würde der Gamer-Markt nicht nur einen Milliardenmarkt bedienen und verdienen, sondern auch die Köpfe junger Hähne im Milliardenpack mit schrottig-busenwippendem Frauenbild vollstopfen. Doch wehe, man wagt, die Steinzeitbilder der Wiki-Autoren (siehe auch den Fall Amanda Filipacchi) und der passionierten Gamer, humorvoll und in der Öffentlichkeit zu dekonstruieren. Dann reagieren sie wie Kleinkinder, deren Spielzeuge man wegnimmt. Zuerst wird geschrien, dann getobt und dann brutal um sich geschlagen. Sarkeesian hat in den letzten Wochen 1,4 Millionen Tweets mit Drohungen, Verschwörungsbeschuldigungen, wüste Pöbeleien inklusive eine Absage wegen einer Nerd-Bombendrohung überstehen müssen. Sie macht jedoch weiter, Hut ab!

Was lernen wir aus der Geschichte? Wenn Mädchen und Frauen zuerst als Luder diffamiert, anschliessend mit dem Tod bedroht werden, nur weil sie es wagen, sich für ein anderes Bild als in die Klischees von Entertainment Software Association, Google, Wikipedia, Amazon etc. einzufügen, dann ähneln sich Gamer und Nerds den IS-Kämpfern mehr, als ihnen lieb sein sollte. Seit der Quantenphysik würfelt ja bekanntlich auch Gott, doch es ist höchste Zeit, die frauenhassenden Gamer und Wiki-Autoren daran zu erinnern, dass sie mit ihrem Verhalten allen das Spielen verderben.

## Mehr Wettbewerb auf dem Elektrizitätsmarkt fordert der Bundesrat

# Linke will Abzockertarife verewigen

Von Pierre Heumann

Niemand ist heute im Prinzip gegen den freien Markt. Auch die Linke nicht. Das zumindest sagt sie. Doch wenn es darum geht, Monopole abzuschaffen und Wettbewerbskräften zum Durchbruch zu verhelfen, stellt sie sich quer. Die Genossen drohen deshalb mit dem Referendum gegen ein Gesetz, das ab 2018 Wettbewerb auf dem Elektrizitätsmarkt verspricht und damit preiswerteren Strom ermöglichen will. Sie wollen das Monopol der Elektrizitätswerke in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet verewigen.

Dass Konsumenten vom Wettbewerb auf dem Elektrizitätsmarkt profitieren würden, lässt sich anhand gesicherter Erfahrungswerte zeigen. Grossabnehmer (ab 100 000 kWh) können bereits seit 2009 entscheiden, ob sie sich ihren Strom am freien Markt beschaffen oder in der Grundversorgung bleiben wollen. Die Preise in diesem Bereich sind, zum Beispiel bei Alpiq, am freien Markt tiefer als in der Grundversorgung. Bei Alpiq heisst es denn auch: «Die Entwicklung zeigt, dass die Marktöffnung mit freier Wahl des Anbieters auch für Kleinkunden Vorteile bringen kann.»

### Im Interesse der Allgemeinheit

Die SP bezweifelt dies. Sie will, trotz einschlägiger empirischer Erfahrungen, nicht einsehen, dass die Öffnung des Strommarktes den Interessen der Allgemeinheit dient. Ihr sei nicht klar, schreibt die SP etwa, «welchen Nutzen die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Angestellten der Strombranche aus einer Marktöffnung ziehen könnten».

Ihre Argumente gegen die Liberalisierung des Strommarktes zeigen, wie sehr die Linke immer noch im statischen Denken verhaftet ist. Sie stemmt sich gegen notwendige Anpassungen in der Elektrizitätswirtschaft, weil sie dessen regionale Monopole erhalten will. Sehr zum Nachteil der Konsumenten, und sehr zum Vorteil der Elektrizitätswerke (EW), die mithilfe des Monopols Abzockertarife durchsetzen können. Davon profitieren letztlich die Angestellten der EW – weil sie dank des Monopols von hohen Salären profitieren.

Was Wunder, dass der Gewerkschaftsbund (SGB) das Buhlen um Stromkonsumenten eben-

falls verhindern will. Auch er befürchtet eine «Destabilisierung der Branche» und einen Stellenabbau, letztlich auch tiefere Löhne in der Elektrizitätswirtschaft, wenn das Monopol einmal geknackt ist. Mit Verlaub: Seit wann ist es Aufgabe der Konsumenten, mit ihrer Nachfrage für eine hohe Beschäftigung zu sorgen? Müssten die Genossen nicht vielmehr die Branche dabei unterstützen, ihr Produkt möglichst effizient und kostengünstig bereitzustellen, um das Haushaltsbudget der Bürger (also auch der Gewerkschafter) zu schonen?

Zweitens sieht der SGB die von ihm herbeigesehnte Energiewende gefährdet, wenn die Konsumenten frei wählen dürfen, bei welchem EW sie den Strom kaufen wollen. Mit dieser Argumentation verrät der SGB seinen Verdacht, dass sich die Verwendung neuer Energien letztlich nicht rechnet und dass die von ihm unterstützte Energiewende nur mit Zwang und mit Monopolen durchsetzbar ist. Drittens wollen die Genossen den Bürgern zumuten, dass sie auf billigen (und subventionierten) Strom aus dem Ausland

## Die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes führe zu einer effizienteren Verwendung der Energie, so die Internationale Energie-Agentur.

verzichten sollen, weil das zu einem Stellenabbau führen würde. Insgesamt redet der SGB damit einer Subventionierung der Lohnkosten von EW-Angestellten durch die Stromkonsumenten das Wort, ohne das aber klar und deutlich zu sagen. Das ist etwa gleich verwegen, wie wenn man den Textilimport aus Asien verbieten würde, um das lokale Gewerbe nicht zu schädigen.

Viertens ist die Öffnung des Strommarktes kein «gefährliches, unverantwortliches Experiment», wie der SGB moniert. Denn zahlreiche Länder haben in den letzten Jahren damit Erfahrungen gesammelt, über die man sich in einem ausführlichen Bericht der Internationalen Energie-Agentur (IEA) in Paris bereits vor neun Jahren informieren kann. \* Dort wird

unmissverständlich festgehalten, dass die Vorteile der Strommarktöffnung in Mitgliedsländern überwiegen. Erstens können Konsumenten entscheiden, von wem sie den Strom beziehen wollen. Es liegt dann an ihnen, ob sie den Stromanbieter wechseln wollen oder nicht, wenn dieser Abzockertarife verlangt. Die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes führe auch zu einer effizienteren Verwendung der Energie, so die IEA. Das sei ein wichtiger Beitrag zum sparsameren Einsatz des blauen Goldes.

### Neue Herausforderungen

Die EW, die sich gegenüber Haushalten noch nie im Wettbewerb haben behaupten müssen, werden sich nach einer Öffnung des Marktes gehörig anstrengen müssen, um unter den neuen Bedingungen überleben zu können. Es scheint, dass der SGB seinen Mitgliedern diese Extraleistung nicht zutraut – oder nicht zumuten will. Genau genommen wären Stromverkäufer aber bereits jetzt gefordert, um gewappnet zu sein, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Sie müssen neue Stromzähler installieren, die den Elektrizitätskonsum viele genauer erfassen. Der Kunde soll zum Beispiel ablesen können, wann er wie viel Strom bezieht und wie viel ihn das jeweils kostet. Damit hat er es in der Hand, die Kosten seines Stromverbrauchs zu optimieren – indem er beispielsweise entscheidet, zu welchen Stunden er seine Waschmaschine in Betrieb setzen will. «Smart Meters» werden von vorausdenkenden EW bereits eingesetzt. Stromverkäufer sind mit neuen Herausforderungen konfrontiert, wenn sie für Leistung und Kilowattstunden um Kunden werben müssen. Mit Marketing und einer attraktiven Preispolitik werden EW versuchen müssen, alte Kunden zu behalten – und neue hinzuzugewinnen.

Sollte es der Linken erneut gelingen, den Fortbestand des EW-Monopols zu retten und damit weiterhin Abzockertarife für den Strom zu ermöglichen? Es wäre nicht das erste Mal. Bereits früher haben die Gewerkschaften eine Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes verhindert: Mit einem Referendum, das sie im Jahre 2002 gewannen.

\* Lessons from Liberalised Electricity Markets, OECD/IEA, 2005.

### Hick-up

# Allerseelen oder die Arithmetik der Seuche Ebola

Von Martin Hicklin

Ein kleiner roter Punkt erscheint auf der Karte von Guinea, ganz einsam an der Grenze zu Liberia, nahe am Dreiländereck mit Sierra Leone. Es dauert eine Weile, bis ein zweiter folgt. Nun 200 Kilometer entfernt mitten in Guinea. Dann geht es Schlag auf Schlag weiter, am Ursprungsort ballen sich die Punkte, sie tauchen in Conakry, Freetown und Monrovia auf, den Hauptstädten mit mehr als einer oder bis zu zwei Millionen Einwohnern und anderswo in den Ländern. Am Ende ist die Karte der drei westafrikanischen Staaten mit roten Punkten übersät. Es ist der Stand von 16. September des Jahres 2014.

Die animierte Karte bildet die Ausbreitung von Ebola in Westafrika nach und begleitet die erste Bilanz des «Ebola Response Teams» der Weltgesundheitsorganisation, die im *New England Journal of Medicine* (<http://www.nejm.org>) öffentlich zugänglich ist. Eine Fall-Bilanz der ersten neun Monate seit Dezember letzten Jahres, wo die erste Infektion bekannt geworden ist und eine unvorhergesehene Katastrophe begonnen hat. Jeder rote Punkt, so stelle man sich vor, jeder Punkt ist eine eigene Geschichte, ein Drama von Menschen unter vielen andern Nahestehenden: 70,8 Prozent der Angesteckten sterben, sagen die Zahlen. Weil das Immunsystem zu wenig Zeit hat,

sich gegen den Eindringling zu rüsten und der Körper an der selbst evozierten Entzündungsabwehr vorher zugrunde geht.

Beeindruckend jedenfalls, wie viel Informationen das Team in bekannt prekären Umständen sammeln konnte. Aus klinischen Daten von 3343 bestätigten Ebolainfektionen und 667 Verdachtsfällen – nur ein Teil des Ganzen – wurde das Spektrum der Krankheitszeichen und ihrer Extreme ermittelt. Fieber (oft aus Mangel an Fiebermessern nur erfragt) und Abgeschlagenheit stehen am Anfang, dann folgen schon Erbrechen (67,6 Prozent) und Durchfall (65,6). Ein Albtraum, wenn es darum geht, weitere Infektionen zu verhindern.

Aus den erfassten Fällen wird sozusagen die Arithmetik der Epidemiologie entwickelt, jener Wissenschaft, die erforscht, was als Plage (epi) auf das Volk (demos) gekommen ist und wie diesmal das scheinbar ohne Vorwarnung aus dem Busch aufgetauchte Virus neue Opfer findet. Es sind Zahlen, die düstere Aussichten mit Stellen nach dem Komma beziffern: In Guinea hat am Anfang im Durchschnitt jede erkrankte Person 1,71 weitere angesteckt, in Liberia gar 1,83 und in Sierra Leone 1,79. Also im Schnitt immer mehr als eine weitere. Die mittlere Inkubationszeit zwischen Ansteckung und Ausbruch der Krankheit beträgt 11,3 Tage, die Frist zum

Ausbruch bei einem nächsten direkt Angesteckten 15,3 Tage. Die Fallkurven steigen entsprechend steil in die Höhe. Die Zahl der Fälle verdoppelt sich in Guinea schon nach 15,7 Tagen, in Sierra Leone alle 23,6 und in Liberia alle 30,4 Tage. Das Schlimmste steht erst bevor: Wenn sich nichts ändere an den Massnahmen zur Eindämmung der Epidemie, werden es am 2. November 2014 – Allerseelen bei den Katholiken – mehr als 20 000 Fälle sein. 20 000. Zum Vergleich: Das Basler Unispital ist laut einem Radiobericht auf Ebola eingerichtet. Das Material ist da, die Freiwilligen bereit, das Team geschult. Jetzt könne man einen allfälligen Ebolafall nach den Regeln der Kunst behandeln, einen zweiten auch. Bei einem dritten allerdings werde es problematisch...

Mit einem einzelnen roten Punkt hat das ganze Elend angefangen und damals im Dezember hätte man wohl die Lunte am Pulverfass noch austreten können. Man hätte wenigstens später die Alarmrufe von Médecins Sans Frontières ernst nehmen müssen, aber es ist März geworden, bis die WHO den Ebola-Ausbruch offiziell zur Kenntnis nahm und August, bis Ebola zum internationalen Notfall erklärt wurde. Hätte, wäre. Im Nachhinein ist man immer klüger, sagt der Spruch. «Erst im Nachhinein» statt «immer» sollte es heissen.

## Basler Zeitung

National Zeitung und Basler Nachrichten AG  
Gegründet 1842 (NZ) und 1844 (BN)

Verwaltungsratspräsident und Delegierter.  
Rolf Bollmann

Verleger und Chefredaktor. Markus Somme (mso)

Stv. Chefredaktor. David Thommen (-en)

Chefredaktion. Michael Bahnerth (mb), Textchef – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst – Hansjörg Müller (hjm) – Benedict Neff (ben) – Laila Abdel'Al, Assistentin

Politik. Martin Furrer (mfu), Leitung – Viviane Joyce Laissue (vj), stv. Leitung – Hansjörg Müller (hjm) – Benedict Neff (ben) – Samuel Tanner (sta)

Bundeshaus. Dominik Feusi (fi), Leitung – Daniel Ballmer (dab), Beni Gafner (bg) – Hubert Mooser (hmo)

Basel-Stadt. Nina Jecker (nj), Leitung – Dominik Heitz (he), stv. Leitung – Denise Dollinger (dd) – Joël Garnet (gg) – Mischa Hauswirth (hwa) – Jonas Hoskyn (hys) – Rahel Koerger (rak) – Franziska Laur (fl) – Martin Regenass (mar)

Baselland. Christian Keller (ck), Daniel Wahl (wah), Leitung – Boris Gyag (bgy) – Joël Hoffmann (jho) – Alexander Müller (amu) – Alessandra Paone (ale) – Dina Sambar (dis)

Thomas Dähler (td) – Thomas Gubler (Gu), Liestal

Wirtschaft. Ruedi Mäder (rm), Leitung – Patrick Griesser (pg), stv. Leitung – Seraina Gross (sgr) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Zulauf (dz) (Zürich)

Sport. Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (og) – Tobias Kern (ker) – Tilman Pauls (tip) – Fabian von Rohr (tvr) – Dominic Willmann (dw)

Kultur. Raphael Suter (ras), Leitung – Sigfried Schibli (bs), stv. Leitung – Christoph Heim (hm), Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Markus Wüest (mw)

Auslandskorrespondenten. Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borge (bb), London – Fritz Dirkeimann (fd), Berlin – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (fl), Warschau – Willi Germund (wg), Bangkok – Frank Herrmann (fhw), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Felix Lee (flp), Peking – Thomas Roser (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile. Graziella Kuhn (gku)

Kolumnisten. Thomas Cueni – David Dürr – Felix Erbacher (FE) – Allan Guggenbühl – Markus Häring – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Walter Holstein – Helmut Hubacher – Markus Melzi – Manfred Messner – Linus Reichlin – Eugen Sorg – Regula Stämpfli – Roland Stark – Tamara Wernli

Spezialseiten. Bildung: Markus Wüest (mw) Gesundheit heute: Sarah Ganzmann-Kühni (sku) Mobil/Reisen/essen & Trinken: Benno Brunner (bb) – Sarah Ganzmann-Kühni (sku) – Roland Harisberger (rh)

Beilagen/Projekte. Roland Harisberger (rh) – Benno Brunner (bb)

Produktion. Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Claudia Blangnetti (cbl) – Dominique Burchardt (db) – Peter de Merchi (pdm) – Sarah Ganzmann-Kühni (sku) – Christian Horisberger (ch) – Marko Lehtinen (ml) – Eva Neugebauer (ene) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Vogt (mv)

Gestaltung Nino Angiuli (Art Director), Bettina Lea Toffol (stv. Leitung) – Jean-Claude Basler – Holger Bühler – Paul Graf – Monika Müller – Daniel Schaufelberger – Paul Schwörer

Bildredaktion. Melody Gyagax, Leitung – Jeannette Bölle – Doris Flubacher – Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Korrektur. Lesley Paganetti (Teamleitung) – Rosmarie Ujak (Teamleitung) – Katharina Dillier Muzzolini – Andreas Herzog – Markus Riedel – Dominique Thommen

Sachbearbeitung. Milena De Matteis – Marcel Münch – Anny Panizzi

Dokumentation/Archiv. Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion. Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vornamen.name@baz.ch

Büro Liestal. Basler Zeitung, Regasse 17, 4410 Liestal  
Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufenal/Schwarzbubenland. Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel  
Tel. 061 639 11 11

Verlag. Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Leiterin Verlag. Sabine Galindo

Leiter Werbemarkt. Beat Leuenberger

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst. Montag bis Freitag von 6.30–18 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise. Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2,5% MWST): 6 Monate Fr. 245.–, 12 Monate Fr. 466.–, (Ausland auf Anfrage)

BaZ am Aeschenschplatz. Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19, schalter@baz.ch

Schalter für Inserate und Tickets: Montag-Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch, Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Inserate. Basler Zeitung Medien, Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel  
Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20  
inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Reservierungen/Technische Koordination. Reto Kyburz

Geschützte Marken. Nordwestschweizer ZEITUNG

Basler Woche

Baslerfest

Annoncenpreis. Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4,25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)

Ein Mitglied des metropool

Druck. DZZ Druckzentrum Zürich AG Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung Medien. Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Distria AG, Neue Fricktaler Zeitung AG